

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
------------------------------------	----

Erster Teil: Einleitung	31
--------------------------------------	----

A. Zielsetzung und Gang der Untersuchung.....	32
---	----

B. „Entführungschronik“	34
-------------------------------	----

I. „Entführungen deutscher Staatsangehöriger im Ausland“ der letzten Jahre	34
---	----

1. „Jolo-Geiseln“: Entführung der Familie Wallert, April 2000	35
---	----

2. „Sahara-Geiseln“: Verschleppung mehrerer europäischer Reisegruppen in der algerischen Sahara, Februar/März 2003.....	37
--	----

3. Entführung Reinhilt Weigels in Kolumbien, September 2003.....	39
--	----

4. Weitere Entführungsfälle: Susanne Osthoff, Jürgen Chrobog und Familie sowie René Bräunlich und Thomas Nitzschke im Irak und Jemen, November 2005 bis Mai 2006	40
--	----

II. Entführung der „Hansa Stavanger“ vor der Küste Somalias, April 2009 – ein Ausnahmefall.....	43
--	----

1. Entführungssachverhalt.....	43
--------------------------------	----

2. Dennoch: Führen der deutschen Flagge als Ausnahmefall.....	46
---	----

III. Leben und Gesundheit der Entführungsoffer haben oberste Priorität – Fazit	47
---	----

Zweiter Teil: Die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz im Ausland entführter deutscher Staatsangehöriger – Herleitung und Reichweite	49
--	----

A. Vorfrage: Einordnung der untersuchten Entführungsfälle unter den konsularischen Schutz.....	50
---	----

I.	Terminologische Unsicherheiten hinsichtlich des Begriffs des Auslandsschutzes.....	50
II.	Staatliche Schutz- und Hilfsmaßnahmen in Entführungsfällen als Maßnahmen des konsularischen Schutzes.....	53
III.	Keine völkerrechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zur Gewährung von Auslandsschutz bzw. speziell von konsularischem Schutz	56
B.	Pflicht der Bundesrepublik Deutschland zur Gewährung von Schutz zugunsten im Ausland entführter deutscher Staatsangehöriger	58
I.	Verfassungsvergleich in der Zeit: Die deutschen Verfassungen vor 1949.....	60
1.	Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871.....	63
2.	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.....	67
3.	Zusammenschau des Meinungsstands in der Staatslehre des Bismarckreichs und der Weimarer Republik	71
4.	Die deutsche Verfassungstradition betreffend den Auslandsschutz als Grundlage einer entsprechenden Schutzpflicht unter dem Grundgesetz?	72
a.	Besondere politische Lage Deutschlands bis zum 05. Mai 1955.....	73
b.	Keine einheitliche Auslegung des „Schutzanspruchs“	77
c.	Ausklammerung des konsularischen Schutzes	78
II.	Die verfassungsrechtliche Ebene	81
1.	Ableitung staatlicher Schutzpflichten aus den Kompetenz- bestimmungen sowie den Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes	82
a.	Kompetenzbestimmungen des Grundgesetzes.....	83
aa.	„Legitimations- oder Garantiefunktion“	83
bb.	„Verpflichtende oder imperative Wirkung“.....	85
b.	Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes.....	90
c.	Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes	94
2.	Staatliche Pflicht zur Gewährung von Auslandsschutz und die Grundrechte des Grundgesetzes	97

a.	Notwendigkeit der Ableitung (eigenständiger) grundrechtlicher Schutzpflichten – Unergiebigkeit der „abwehrrechtlichen Lösung(en)“	98
b.	Herleitung grundrechtlicher Schutzpflichten.....	101
aa.	Pflicht zum Schutz der Menschenwürde gem. Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG und objektive Wertentscheidung der Grundrechte	101
bb.	„Wiederentdeckung“ der grundrechtlichen Schutzpflicht.....	104
cc.	„Schutzpflichttauglichkeit“ anderer Grundrechtsbestimmungen	106
c.	Staatliche Pflicht zum Schutz im Ausland entführter deutscher Staatsangehöriger als grundrechtliche Schutzpflicht.....	107
aa.	Grundrechtliche Schutzpflichten und Sachverhalte des Auslandsschutzes	108
(1)	Auslandswirkungen der Grundrechte.....	108
(2)	Anwendbarkeit der grundrechtlichen Schutzpflicht- funktion auf Auslandssachverhalte im Allgemeinen ...	112
(a)	Keine Rechtsfolgenlösung.....	115
(b)	Tatbestandslösung.....	116
(aa)	Beschneidung der grundrechtlichen Schutzpflichten auf das völkerrechtlich zulässige Maß über Art. 25 S. 1 GG	117
(bb)	Grundrechtliche Schutzpflichtfunktion gilt in Auslandssachverhalten nur in den völkerrechtlich zulässigen Grenzen – Zwischenfazit	120
(3)	... und auf Sachverhalte des Auslandsschutzes bzw. des konsularischen Schutzes im Besonderen.....	121
(4)	Grundrechtliche Schutzpflichten in Sachverhalten der Entführung deutscher Staatsangehöriger im Ausland – Zwischenergebnis	127
bb.	Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG (i.V.m. Art. 1 Abs. 1 S. 2, 25 S. 1 GG): Freiheit der Person.....	129
cc.	Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG (i.V.m. Art. 1 Abs. 1 S. 2, 25 S. 1 GG): Leben und körperliche Unversehrtheit	130

(1) Bedrohung des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Entführungsfällen	131
(2) Schutzpflichtauslösende Gefährdungslage.....	132
d. Grundrechtliche Pflicht zum Schutz im Ausland entführter deutscher Staatsangehöriger aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 und 2 GG (i.V.m. Art. 1 Abs. 1 S. 2, 25 S. 1 GG) – Zwischenergebnis	134
3. Ableitung der staatlichen Pflicht zur Gewährung von Auslandsschutz aus der deutschen Staatsangehörigkeit – „Verfassungsrechtlicher Auslandsschutz“	135
a. Rechtliche Begründung einer der Grundbeziehung der Staatsangehörigkeit entspringenden Schutzpflicht.....	138
aa. Begriff der Staatsangehörigkeit	138
bb. Das in der Staatsangehörigkeit verwurzelte gegenseitige Treue- und Schutzverhältnis	140
b. Verfassungsrechtliche Verankerung einer aus der Staatsangehörigkeit abgeleiteten staatlichen Pflicht zur Gewährung von Auslandsschutz.....	145
aa. Keine Verankerung in Art. 16 GG	145
bb. ... grundsätzlich aber Verfassungsrang des Treue- und Schutzverhältnisses durch das Grundgesetz.....	149
c. Mögliche „materiell-rechtliche Fundierung“ des verfassungsrechtlichen Auslandsschutzes	151
d. Dennoch: Zurücktreten einer aus dem Staatsangehörigkeitsverhältnis abgeleiteten staatlichen Pflicht zur Gewährung von Auslandsschutz	152
aa. Schutzfunktion der Grundrechte als adäquater Anknüpfungspunkt einer staatlichen Pflicht zur Gewährung von Auslandsschutz.....	153
bb. Reduzierung des Treueaspekts des gegenseitigen Treue- und Schutzverhältnisses im modernen Verfassungsstaat	155
4. Die verfassungsrechtliche Schutzpflicht in Entführungsfällen – Zwischenergebnis.....	157
5. Adressat(en) der grundrechtlichen Pflicht zur Gewährung von Schutz zugunsten im Ausland entführter deutscher Staatsangehöriger	158

III. Die einfachgesetzliche Ebene	159
1. Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse vom 11. September 1974	159
2. Schutzpflicht der Bundesrepublik Deutschland in Entführungsfällen als konsularische Aufgabe im Sinne des KonsG.....	161
a. Eröffnung des Anwendungsbereichs des KonsG in Fällen der Entführung deutscher Staatsangehöriger im Ausland	162
b. Hilfe an einzelne, § 5 Abs. 1 KonsG	166
aa. Entstehungsgeschichtliche Perspektiven der konsularischen Einzelfallhilfe im Allgemeinen	167
bb. Abgrenzung der konsularischen Hilfe an einzelne zu der Sozialhilfe im Ausland gem. § 119 BSHG – entstehungsgeschichtliche Perspektive im Besonderen.....	170
cc. Die konsularische Einzelfallhilfe als Regelung auf dem Gebiet des Fürsorgerechts	174
dd. Vergleich mit der Hilfe in Katastrophenfällen	177
ee. Dennoch: Entführungen als vorübergehende soziale oder wirtschaftliche Notlagen?	180
c. Keine Hilfe in Katastrophenfällen, § 6 KonsG.....	181
aa. Anwendbarkeit des § 6 Abs. 1 KonsG auch auf sich nur vorübergehend im Ausland aufhaltende Deutsche.....	183
bb. Entführung als Folge kriegerischer oder revolutionärer Verwicklungen?	183
cc. Entführungen als vergleichbare Ereignisse?	185
(1) Keine rein präventive Ausrichtung von § 6 Abs. 1 KonsG.....	186
(2) Gemeingefahr als Tatbestandsmerkmal des vergleichbaren Ereignisses.....	187
d. Allgemeine Schutz- und Beistandspflicht nach § 1 Sps. 2 KonsG	189
aa. Aufgabenwahrnehmung außerhalb des Gebiets des konsularischen Schutzes?	192

(1) Sachverhaltskomplexität und politische Bedeutung als denkbare Ausschlusskriterien der konsularischen Hilfe in Entführungsfällen	193
(2) Vergleich von Entführungsfällen und „Standardfällen“ der internationalen Kindesentführung	194
(a) Internationale Kindesentführung und konsularische Hilfe	195
(b) Fehlende Übertragbarkeit der durch das VG Berlin angeführten Grenzen des konsularischen Schutzes.....	197
bb. Mögliche „Überdehnung des Beistandsbegriffs“ in Entführungsfällen	198
(1) Schweregrad der drohenden bzw. bestehenden Notlage	199
(2) Vielfältigkeit, Umfang und vor allem Kosten der Hilfe- bzw. Beistandsleistungen in Entführungsfällen.....	200
(a) Kein genereller Ausschluss des § 1 Sps. 2 KonsG als Handlungsgrundlage in Entführungsfällen	201
(b) Ausschluss des § 1 Sps. 2 KonsG als Handlungsgrundlage nur im Einzelfall?	202
cc. § 1 Sps. 2 KonsG als in Entführungsfällen einschlägige einfachgesetzliche Rechtsgrundlage – Zwischenergebnis	204
3. Die konsulargesetzliche Schutzpflicht in Entführungsfällen – Zwischenfazit.....	205
a. „Moderne Auslegung“ des KonsG.....	206
b. Schutzmaßnahmen zugunsten des Entführungsoپfers: Trennung zwischen Maßnahmen der eigentlichen Befreiung und solchen im Anschluss an das Entführungsende.....	207
C. Die verfassungsrechtliche und konsulargesetzliche Pflicht zum Schutz im Ausland entführter deutscher Staatsangehöriger – Fazit und Ergebnisse des zweiten Teils	209

Dritter Teil: Durchsetzung der staatlichen Schutzpflicht:	
Schutzansprüche des Entführungsoپfers.....	213
A. Subjektive öffentliche Rechte des Entführungsoپfers	213
I. Der aus den Grundrechten abgeleitete Schutzanspruch in Entführungsfällen.....	214

1. Grundrechtliche Schutzpflichtfunktion und subjektives öffentliches Recht auf Schutz.....	214
2. Rechtsfolge: Grundsätzlich staatliche Ermessensentscheidung hinsichtlich der Schutzgewähr	219
a. Ausgangspunkt: Weiter außenpolitischer Spielraum	219
b. Kein Entschließungsermessen.....	220
aa. Einwirkung der durch die Entführung betroffenen Grundrechte des Entführungsopfers	220
bb. Anspruch auf Gleichbehandlung mit früheren Entführungsopfern, Art. 3 Abs. 1 GG.....	221
c. ... aber Bestehen eines Auswahlermessens	222
II. Der konsulargesetzliche Anspruch auf Schutz in Entführungsfällen.....	225
1. Subjektives öffentliches Recht des Entführungsopfers aus § 1 Sps. 2 KonsG.....	226
2. Rechtsfolge: Gebundener Anspruch des Entführungsopfers auf Schutz, aber staatliche Ermessensentscheidung hinsichtlich der Wahl des einzusetzenden Schutzmittels	227
III. Inhaber und Gegner des verfassungsrechtlichen bzw. konsulargesetzlichen Schutzanspruchs.....	230
IV. Grundrechtlicher und konsulargesetzlicher Anspruch des Entführungsopfers auf fehlerfreie Ermessensausübung hinsichtlich des „Wie“ der Schutzgewähr – Zwischenergebnis	231
B. Gerichtliche Durchsetzung der subjektiven öffentlichen Rechte des Entführungsopfers auf Schutz durch die Bundesrepublik Deutschland	232
I. Keine „justizfreien Hoheitsakte“ der auswärtigen Gewalt: Bedeutung der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	232
II. Einleitung eines gerichtlichen (Eil-)Verfahrens: Antragstellung durch das Entführungsoffer selbst tatsächlich nicht möglich	235
1. Minderjähriges Entführungsoffer.....	235
2. Volljähriges Entführungsoffer	236
3. Sonstige Anforderungen: Bestimmtheit des Antrags	240
III. Verwaltungsgerichtliches (Eil-)Verfahren	241
1. Vorliegen der Sachentscheidungsvoraussetzungen.....	241

a.	Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 VwGO	241
b.	Statthafte Verfahrensart.....	241
c.	Beteiligten-, Prozessfähigkeit und Postulationsfähigkeit, §§ 61 ff. VwGO, § 67 VwGO	243
d.	Antragsbefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO (entsprechend).....	243
e.	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	244
f.	Zuständigkeit des VG Berlin.....	244
2.	Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung i.S.v. § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO.....	245
a.	Antragsgegner, § 78 Abs. 1 Nr. 1 VwGO analog	245
b.	Glaubhaftmachung eines Anordnungsanspruchs.....	245
aa.	Formelle Anordnungsvoraussetzungen: kein Antragserfordernis, Zuständigkeit.....	246
bb.	Materielle Anordnungsvoraussetzungen und Rechtsfolgen.....	247
c.	Glaubhaftmachung eines Anordnungsgrundes.....	248
d.	(Keine) Vorwegnahme der Hauptsache.....	249
IV.	Verfassungsgerichtliches (Eil-)Verfahren.....	250
1.	Zulässigkeit.....	251
a.	Statthaftigkeit des Antrags nach § 32 Abs. 1 BVerfGG: (Potentielle) Zuständigkeit des BVerfG in der Hauptsache....	251
b.	Antragsberechtigung.....	251
c.	Antragsbefugnis	252
d.	(Keine) Vorwegnahme der Hauptsache.....	252
e.	Rechtsschutzbedürfnis	253
2.	Begründetheit.....	254
a.	Antrag hinsichtlich des „Ob“ einer Schutzgewähr	255
b.	Antrag hinsichtlich des „Wie“ einer Schutzgewähr	256
V.	Durchsetzbarkeit des Schutzanspruchs vor dem VG Berlin und dem BVerfG – Zwischenergebnis.....	257
C.	Schutzanspruch des Entführungsoپfers und seine gerichtliche Durchsetzbarkeit – Ergebnisse des dritten Teils	259

Vierter Teil: Einschränkung der Schutzbedürftigkeit im Falle eines „Verschuldens“ des Entführungsopfers?	261
A. Bestehen landesspezifischer Sicherheitshinweise oder Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes	262
B. Missbrauch staatlicher Hilfen, § 5 Abs. 7 KonsG (analog) durch das Entführungsopfer?	264
C. Keine Verwirkung des konsulargesetzlichen Schutzanspruchs	267
D. Verzicht auf den grundrechtlichen und konsulargesetzlichen Schutzanspruch durch das spätere Entführungsopfer?	269
E. Kein Einfluss auf das staatliche Ermessen	272
I. Erstmalige Entführung	272
II. Erneute Entführung – „potentieller Fall Osthoff“	273
F. Möglichkeit „präventiver“ staatlicher Schutzmaßnahmen bei Bestehen eines erhöhten Entführungsrisikos	274
I. Sicherheitshinweise und Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes	274
II. Passbeschränkende Maßnahmen gem. § 8 PassG und Ausreiseuntersagungen gem. § 10 Abs. 1 PassG	275
G. Keine Einschränkung der Schutzbedürftigkeit eines Entführungsopfers – Ergebnisse des vierten Teils	280

Fünfter Teil: Exkurs: Die Schutzverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zugunsten eines im Ausland entführten Unionsbürgers gem. Art. 23 AEUV	283
A. Praktische Bedeutung des Art. 23 AEUV	284
B. Verortung des Art. 23 Abs. 1 S. 1 AEUV im völkerrechtlichen Regelungsgefüge	285
C. Anspruch eines im Ausland entführten Unionsbürgers auf eine Schutzgewähr durch die Bundesrepublik Deutschland aus Art. 23 Abs. 1 S. 1 AEUV	288

I. „Institutionelle Deutung“ des Tatbestands von Art. 23 Abs. 1 S. 1 AEUV	289
II. Kein Schutzanspruch eines im Ausland entführten Unionsbürgers gem. Art. 23 Abs. 1 S. 1 AEUV i.V.m. § 1 Sps. 2 KonsG – Ergebnis des fünften Teils	292
 Sechster Teil: Haftung der Bundesrepublik Deutschland	
A. Amtshaftung gem. § 839 BGB i.V.m. Art. 34 S. 1 GG	293
I. Erfüllung des Tatbestands der Amtshaftung	294
II. Ausschluss der Amtshaftung	297
1. Kein Haftungsausschluss gem. § 5 Nr. 2 RBHG	297
2. (Teilweiser) Haftungsausschluss aufgrund eines „Verschuldens“ des Entführungsopfers?	301
B. Entschädigung nach den Grundsätzen der allgemeinen Aufopferung	302
C. Sonstige staatliche Hilfen für ein Entführungsoffer bzw. seine Hinterbliebenen	306
D. Regelmäßig keine staatliche Entschädigung für eine unterlassene oder fehlerhafte Schutzgewähr – Ergebnisse des sechsten Teils	309
 Siebter Teil: Der Kostenerstattungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland	
A. Praxis des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der Kostenbeteiligung des ehemaligen Entführungsopfers	311
B. Rechtlicher Rahmen des Kostenersatzanspruchs der Bundesrepublik Deutschland gegen das ehemalige Entführungsoffer	315
I. Kosten der Entführung: Trennung zwischen Befreiungskosten und Anschlusskosten	317
II. Kostenerhebung nach den Vorschriften des KonsG und des AKostG	319
1. Kein Auslagenerstattungsanspruch aus §§ 7 Abs. 2 i.V.m. 1 Abs. 2 AKostG für bestimmte Amtshandlungen des Auswärtigen Amtes	322

2. Auslagenerstattungsanspruch für Amtshandlungen der Auslandsvertretungen.....	325
a. Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen.....	325
aa. Auslagen für die eigentliche Befreiung: Erstattungsanspruch aus §§ 7 Abs. 1, 1 Abs. 1 AKostG i.V.m. §§ 1 Sps. 2, 25 KonsG.....	325
(1) Grundsätzlich extensives Verständnis des Auslagenbegriffs in § 7 Abs. 1 AKostG	326
(2) Eingrenzung auf „bezifferbare und individuell zurechenbare Kosten“	329
(3) Erstattungsfähigkeit von Auslagen für die eigentliche Befreiung.....	330
(4) Kein Verstoß gegen die Wesentlichkeitstheorie.....	332
bb. Auslagen, die im Anschluss an das Ende einer Entführung entstehen	333
(1) Auslagen für konsularische Hilfeleistungen gem. § 1 Sps. 2 KonsG: Erstattungsanspruch aus §§ 7 Abs. 1, 1 Abs. 1 AKostG i.V.m. §§ 1 Sps. 2, 25 KonsG	334
(2) Auslagen für konsularische Hilfeleistungen gem. § 5 Abs. 1 KonsG.....	335
(a) Anwendbarkeit der Vorschriften des AKostG	335
(b) Vorliegen der Voraussetzungen eines Auslagenerstattungsanspruchs nach §§ 7 Abs. 1, 1 Abs. 1 AKostG i.V.m. §§ 5 Abs. 5 S. 1, Abs. 1, 25 KonsG	339
cc. Kein Kostenersatz aufgrund anderer öffentlich- rechtlicher Rechtsinstitute	340
(1) Kein Rückgriff auf eine öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	340
(2) Keine Rückforderung aufgrund eines öffentlich- rechtlichen Erstattungsanspruchs.....	342
b. Höhe des Auslagenerstattungsanspruchs der Bundesrepublik Deutschland und dessen Einschränkungsöglichkeiten.....	343
aa. Begrenzung der Kostenbeteiligung durch Kostenermäßigung und -befreiung, § 10 AKostG.....	343

(1) Regelmäßig keine wirtschaftliche Notlage i.S.v. § 10 Abs. 1 Alt. 1 AKostG	344
(2) Bestehen einer besonderen Härte i.S.v. § 10 Abs. 1 Alt. 2 AKostG	345
bb. Begrenzung durch Stundung, Niederschlagung und Erlass gem. § 19 AKostG i.V.m. § 59 Abs. 1 BHO.....	349
c. Kostengläubiger und -schuldner, §§ 12 f. AKostG.....	350
aa. Keine Haftung des Arbeitgebers kraft Gesetzes, § 13 Abs. 1 Nr. 3 AKostG	352
bb. Freiwillige Übernahme der Kostenschuld gem. § 13 Abs. 1 Nr. 2 AKostG	353
d. Entstehen der Kostenschuld, Geltendmachung durch Verwaltungsakt, Fälligkeit sowie Verjährung, §§ 11, 14, 17 und 20 AKostG	354
3. Rechtmäßigkeit der bereits ergangenen Kostenbescheide des Auswärtigen Amtes – Zwischenfazit	356
III. Kostenerhebung nach den Vorschriften des KonsG und des BGebG.....	358
1. Besondere Gebührenverordnung des Auswärtigen Amtes nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 BGebG i.V.m. § 22 Abs. 1 S. 3, Abs. 4 BGebG.....	363
a. Kein Erstattungsanspruch für bestimmte Auslagen des Auswärtigen Amtes	365
b. Auslagenerstattungsanspruch im Zusammenhang mit individuell zurechenbaren öffentlichen Leistungen der Auslandsvertretungen.....	366
aa. Erstattungsfähige Auslagen i.S.v. § 3 Abs. 5 BGebG entsprechen denen unter Zugrundelegung des Auslagenbegriffs nach § 7 Abs. 1 AKostG	367
bb. Anwendbarkeit der Vorschriften des BGebG auf die Erstattung von Auslagen für konsularische Hilfeleistungen gem. § 5 Abs. 1 KonsG.....	368
2. Begrenzung der finanziellen Beteiligung des ehemaligen Entführungsopfers durch Stundung, Niederschlagung und Erlass gem. §§ 12 Abs. 3, 17 BGebG i.V.m. § 59 Abs. 1 BHO.....	369

3. Gebührengläubiger und -schuldner, Entstehung der Gebührenschild, Geltendmachung durch Verwaltungsakt, Fälligkeit sowie Verjährung, §§ 12 Abs. 3 i.V.m. 4 bis 6, 13 f. und 18 BGEbG.....	370
IV. Kein Verstoß der Kostenbeteiligung eines im Ausland entführten deutschen Staatsangehörigen gegen Art. 3 Abs. 1 GG im Vergleich zu Entführungen im Inland – Fazit und Ergebnisse des siebten Teils	372

Achter Teil: Gesamtergebnis, Würdigung

und zusammenfassende Thesen.....	375
A. Entführungsschronik – Erster Teil.....	375
B. Staatliche Schutzpflicht in Entführungsfällen – Zweiter Teil.....	375
C. Durchsetzung der staatlichen Schutzpflicht in Entführungsfällen: Schutzanspruch des Entführungsopters – Dritter Teil	378
D. Keine Einschränkung der Schutzbedürftigkeit bei „Verschulden“ des Entführungsopters – Vierter Teil	380
E. Exkurs: Kein Schutzanspruch des Unionsbürgers gem. Art. 23 Abs. 1 S. 1 AEUV i.V.m. § 1 Sps. 2 KonsG – Fünfter Teil	380
F. Haftung der Bundesrepublik Deutschland – Sechster Teil	380
G. „Finanzielles Nachspiel“ einer Entführung – Siebter Teil.....	381
I. Kostenerhebung bis zum 14. August 2018.....	381
II. Kostenerhebung ab dem 15. August 2018.....	383
III. Würdigung.....	384
H. Zusammenfassende Thesen.....	385

Literaturverzeichnis	389
Textsammlungen.....	419
Kommissionsdokumente.....	419
Internetquellen- und -dokumenteverzeichnis.....	420